**Vertrag zur Verlegung von privaten Stromkabeln (Einspeiseleitungen)
in öffentlichen Straßen**

zwischen

Gemeinde Ziesendorf, vertr.d.d.
Bürgermeister, über Amt Warnow-West
Schulweg 1,
18198 Kritzmow

- nachstehend Gemeinde genannt -

und

der PV-Projekt GmbH,
Dorfmitte 2 F, 18239
Heiligenhagen

- nachstehend Gestattungsnehmer genannt -

über die Benutzung von öffentlichen Straßen in der Baulast bzw. im Eigentum der Gemeinde zum Bau und Betrieb eines privaten Stromkabels (im Zusammenhang mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf der Freiflächenanlage in Groß Bölkow),

- nachstehend als „Kabel“ bezeichnet -

§ 1 Benutzungsrecht

Die Gemeinde gestattet dem Gestattungsnehmer nach Maßgabe der beigefügten Technischen Bestimmungen insbesondere der ZTV, die Vertragsbestandteil sind, die folgenden gemeindlichen Grundstücke/Straßen zur Verlegung eines Kabels zu benutzen, wie sie Gegenstand des als Anlage beigefügten Leitungsplanes sind:

Flur 3 der Gemarkung Fahrenholz:
Flurstück 104/2 mit einer Leitungslänge von 785 m,
Flurstück 52/5 mit einer Leitungslänge von 107 m,
Flurstück 283/7 mit einer Leitungslänge von 60 m,
Flurstück 46 mit einer Leitungslänge von 153 m.

Flur 2 der Gemarkung Fahrenholz:
Flurstück 1 mit einer Leitungslänge von 1.208 m,

§ 2 Dauer des Benutzungsrechts, Kündigung

- (1) Das Recht auf Benutzung wird auf 20 Jahre eingeräumt. Es beginnt am 01.10.2015
Es verlängert sich um jeweils zwei weitere Jahre, wenn es nicht ein Jahr vor Ablauf der jeweiligen Frist gekündigt wird.
- (2) Der Gestattungsnehmer kann den Vertrag jederzeit kündigen.
- (3) Die Gemeinde kann das Benutzungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigen, insbesondere dann, wenn
 - a) der Gestattungsnehmer seiner Verpflichtung aus § 6 dieses Vertrages nicht nachkommt,
 - b) die Pflichten zur ordnungsgemäßen Dokumentation des Kabels sowie die Auskunftspflicht gegenüber Dritten (Spartenauskunft) nicht erfüllt werden und dadurch eine Gefährdung von Personen und Sachwerten durch das stromführende Kabel nicht ausgeschlossen werden kann,
 - c) die Gemeinde im Rahmen des § 11 (Ersatzvornahme) tätig werden muß,
 - d) der Gestattungsnehmer mit der Zahlung des vereinbarten Benutzungsentgelts trotz Mahnung länger als drei Monate im Rückstand ist,
 - e) über das Vermögen des Gestattungsnehmers das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wurde.
 - f) Das Vorhaben 3 Jahre nach Vertragsbeginn nicht umgesetzt ist.
- (4) Die Kündigung bedarf der Schriftform.

§ 3 Arbeiten des Gestattungsnehmers

- (1) Ist für die Verlegung des Kabels eine behördliche Genehmigung, Erlaubnis oder eine privatrechtliche Zustimmung Dritter erforderlich, so holt der Gestattungsnehmer diese gesondert ein.
- (2) Vor Beginn der Bauarbeiten hat der Gestattungsnehmer bei den Spartenträgern Auskunft darüber einzuholen, ob und wo im Trassenbereich des geplanten Kabels bereits Ver- und Entsorgungsleitungen, Leitungen der Telekommunikation oder sonstige, auch private Leitungen, verlegt sind.

Den Beginn der Bauarbeiten zeigt er der Gemeinde rechtzeitig an, ebenso den zuständigen Leitungsträgern, wenn deren Anlagen im Bereich der Baustelle liegen.

Die Bauarbeiten dürfen nur von einer zugelassenen Fachfirma ausgeführt werden. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs darf nur im Rahmen des Notwendigen beeinträchtigt werden.

Der Gestattungsnehmer übernimmt die Verkehrssicherungspflicht im Baustellenbereich vom Tag des Beginns der Bauarbeiten an bis zur förmlichen Abnahme durch die Gemeinde. Er haftet für jeden Schaden, der durch die Verletzung der ihm obliegenden allgemeinen Verkehrssicherungspflicht entsteht und für solche Schäden, die infolge der Bauarbeiten an bereits verlegten Leitungen oder sonstwie verursacht werden. Der Gestattungsnehmer stellt die Gemeinde insoweit von allen Schadenersatzansprüchen frei. Diese Regelung gilt unbeschadet der Eigentumsverhältnisse.

Vor Beginn der Baumaßnahmen ist das Bestehen einer ausreichenden Haftpflichtversicherung nachzuweisen.

- (3) Der Gestattungsnehmer trifft im Einvernehmen mit der Gemeinde alle zum Schutze der Straße und des Straßenverkehrs erforderlichen Vorkehrungen; Baustellen sind abzusperren und zu kennzeichnen.
- (4) Durch die Bauarbeiten dürfen die Zugänge zu den angrenzenden Grundstücken sowie der Anliegerverkehr nicht mehr als unvermeidbar beschränkt werden.
- (5) Nach Beendigung der Verlegungsarbeiten ist die aufgrabene Straßenfläche unverzüglich nach Maßgabe der beigefügten technischen Bestimmungen (Anlage) ordnungsgemäß wieder herzustellen. Danach findet eine gemeinsame Besichtigung/Abnahme statt. Über die Besichtigung wird eine Niederschrift angefertigt, in die etwaige Vorbehalte wegen festgestellter Mängel aufgenommen werden. Bei wesentlichen Mängeln findet nach deren Beseitigung eine nochmalige Besichtigung statt.
- (6) Der Gestattungsnehmer verpflichtet sich, die Straße nachzubessern, wenn die Gemeinde auftretende Mängel im Abnahmeprotokoll vorgemerkt hat. Dies gilt auch, wenn die Gemeinde innerhalb einer Frist von 4 Jahren Mängel rügt, es sei denn, dass die Notwendigkeit der Nachbesserung nicht auf das verlegte Kabel zurückzuführen ist. Die Frist beginnt mit der Abnahme der Arbeiten durch die Gemeinde.

§ 4 Herstellungskosten

Zu den vom Gestattungsnehmer zu tragenden Herstellungskosten gehören

- a) die Kosten der gleichwertigen Wiederherstellung und der Änderung der Straßen sowie derjenigen Nachbesserungen, die innerhalb der in § 3 Abs. 6 aufgeführten Frist(en) entstehen,
- b) die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Straßenverkehrs während der Bauarbeiten,
- c) die Aufwendungen zum Schutz der Straße und des Verkehrs,
- d) die Kosten der Sicherung oder Wiederherstellung von Grenzzeichen,
- e) die Kosten der Änderungen von Betriebseinrichtungen der Gemeinde,
- f) die Verwaltungskosten,

soweit die Kosten und Aufwendungen durch die Herstellung des Kabels verursacht sind.

§ 5 Lage- und Bestandspläne

- (1) Der Gestattungsnehmer übergibt der Gemeinde unverzüglich nach der Dokumentation des Kabels, spätestens aber einen Monat nach Verlegung des Kabels genaue und vollständige Lage- und Höhenpläne (Bestandspläne) in dreifacher Ausfertigung von den Teilen, die sich innerhalb der gemeindlichen Straßen befinden. In diesen Unterlagen muß der Verlauf der Leitung und ihre Sicherungs- und Betriebseinrichtungen der Lage und der Höhe nach eingetragen sein.
- (2) Je eine Ausfertigung der beschriebenen Unterlagen wird zu den beiden Vertragsausfertigungen genommen und bildet einen Bestandteil des Vertrags. Bei einer Änderung des Kabels gilt dies entsprechend.

§ 6 Unterhaltung des Kabels, Duldungspflichten des Gestattungsnehmers

- (1) Der Gestattungsnehmer unterhält sein Kabel in ordnungsgemäßem Zustand und trägt die Kosten der Unterhaltung auch insoweit als sie durch das Vorhandensein der öffentlichen Straße oder einer anderen sich darin befindlichen gemeindlichen Einrichtung (z. B. Wasserleitung, Kanal) verursacht werden.

- (2) Der Gestattungsnehmer duldet die Einwirkungen, die sich bei Erfüllung der Aufgaben aus der gemeindlichen Selbstverwaltung, Straßenbaulast, der Verkehrssicherung und aus dem Straßenverkehr ergeben und nimmt etwa hieraus entstehende Nachteile hin. Ansprüche des Gestattungsnehmers gegen Dritte bleiben unberührt.

§ 7 Zustimmung der Gemeinde zu Arbeiten am Kabel

- (1) Der Gestattungsnehmer holt vor jeder Änderung des Kabels oder vor Unterhaltungsmaßnahmen am Kabel die Zustimmung der Gemeinde ein, wenn die Änderung oder die Unterhaltungsmaßnahmen sich auf die Straße oder den Gemeingebrauch auswirken können. Die Gemeinde stimmt zu, wenn und soweit die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs nur kurzfristig und geringfügig beeinträchtigt werden und straßenbauliche oder sonstige öffentliche Belange nicht entgegenstehen, §§ 3 bis 5 gelten sinngemäß.
- (2) Bei Unterhaltungsmaßnahmen bedarf es bei Gefahr im Verzuge keiner vorherigen Zustimmung; jedoch ist der Gestattungsnehmer verpflichtet, die Gemeinde unverzüglich zu unterrichten.

§ 8 Änderungen an der Straße

Die Gemeinde gibt dem Gestattungsnehmer von einer beabsichtigten Änderung der Straße, die auch eine Änderung des Kabels des Gestattungsnehmers notwendig macht oder das Kabel des Gestattungsnehmers gefährden kann, in einem angemessenem Zeitraum im Voraus zur Kenntnis, so daß die Änderung oder Sicherung des Kabels ohne wesentliche Beeinträchtigung der Einspeisung durchgeführt werden kann.

§ 9 Folgepflichten und Folgekosten

Der Gestattungsnehmer führt Änderungen oder Sicherungen des Kabels, die die Gemeinde wegen einer Verlegung, Verbreiterung oder sonstigen Änderung der Straße oder wegen einer Unterhaltungsmaßnahme nach pflichtgemäßen Ermessen für erforderlich hält, nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde unverzüglich auf eigene Kosten durch, damit Straßenbaumaßnahmen nicht behindert werden. Dies gilt auch, wenn die Änderung oder Sicherung des Kabels ausschließlich durch den Neubau einer anderen gemeindlichen Straße oder durch die Änderung oder Unterhaltung einer kreuzenden Straße veranlaßt wird. Gleiches gilt, wenn die Änderung durch die Verlegung, Erneuerung oder einer Maßnahme der Unterhaltung an einer gemeindlichen Wasserleitung, an einem gemeindlichen Kanal oder einer ähnlichen gemeindlichen Einrichtung im Straßenraum veranlaßt wird.

§ 10 Beseitigung des Kabels nach Wegfall des Benutzungsrechts

Nach dem Wegfall des Benutzungsrechts beseitigt der Gestattungsnehmer das Kabel bzw. unterbindet die Nutzung auf andere Weise nach Abstimmung mit der Gemeinde; die §§ 3 und 4 gelten sinngemäß. Der Gestattungsnehmer wird insbesondere nachträglich auftretende Schäden beseitigen.

§ 11 Ersatzvornahme

Kommt der Gestattungsnehmer einer Verpflichtung, die sich aus diesem Vertrag ergibt, trotz vorheriger schriftlicher Aufforderung innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so ist die Gemeinde berechtigt, das nach ihrem Ermessen Erforderliche auf Kosten des Gestattungsnehmers zu veranlassen. Die Gemeinde kündigt dem Gestattungsnehmer die beabsichtigte Maßnahme an. Wird die öffentliche Sicherheit gefährdet, können Aufforderung, Fristsetzung und Ankündigung unterbleiben. In diesen Fällen setzt die Gemeinde den Gestattungsnehmer von den Maßnahmen unverzüglich in Kenntnis.

§ 12 Benutzungsentgelt

Das Benutzungsentgelt beträgt aufgrund der Länge des Kabels von 2.313 m 5.950 Euro einmalig. Das Benutzungsentgelt wird mit Abnahme durch die Gemeinde fällig. Der Gestattungsnehmer hat das Benutzungsentgelt rechtzeitig auf das Konto des Amtes für die Gemeinde Ziesendorf bei der Deutschen Bank, BIC DEUTDEBRXXX, IBAN: DE76130700000166033100 zu überweisen.

§ 13 Haftung

Der Gestattungsnehmer haftet für alle Schäden, die sich aus dem Betrieb des Kabels ergeben, aus einer mangelnden Dokumentation, Wartung, Instandhaltung oder falschen Spartenauskunft. Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, daß das Kabel auch nach seiner Einlegung in die Straße im Eigentum des Gestattungsnehmers verbleibt und nur einen sogenannten Scheinbestandteil (§ 95 Abs. 1 Satz 1 BGB) des Grundstücks darstellt.

§ 14 Änderungen des Vertrags

Änderungen des Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt insbesondere für Abweichungen von der vereinbarten Lage und den vereinbarten Abmessungen des Kabels, für Vereinbarungen über die Einbeziehung später hinzukommender Kabel des Gestattungsnehmers sowie bei Beseitigung oder Still-Legung von Teilen des Kabels.

§ 15 Übertragung der Rechte und Pflichten des Gestattungsnehmers

Der Gestattungsnehmer kann die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag nur mit Zustimmung der Gemeinde auf einen anderen übertragen. Bei Übertragung der Rechte und Pflichten auf einen anderen kann die Zustimmung aus wichtigem Grund verweigert werden.

§ 16 Schlussbestimmungen

Jeder Vertragsteil erhält eine Ausfertigung dieses Vertrags. Sofern sich eine Bestimmung dieses Vertrags als unwirksam erweist, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen des Vertrags nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrags rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

Unterschrift Bürgermeister

Unterschrift Anlagenbetreiber

Anlage: Technische Bestimmungen